Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 2 (1995)

Heft: 3

Artikel: Nationalismus und Kommunismus : Sowjetische Hegemonie und "nationale Wege" zur kommunistischen Diktatur in Ostmitteleuropa 1944-1948

Autor: Foitzik, Jan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-8125

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NATIONALISMUS UND KOMMUNISMUS

SOWJETISCHE HEGEMONIE UND «NATIONALE WEGE» ZUR KOMMUNISTISCHEN DIKTATUR IN OSTMITTELEUROPA, 1944–1948

JAN FOITZIK

Adam Michniks Aperçu, dass der Nationalismus das Endstadium des Kommunismus sei, enthält nur die halbe Wahrheit, denn der Nationalismus prägte nicht nur das Endstadium des Kommunismus. Unverkennbar drückte er bereits der Anfangsphase der kommunistischen Machteroberung seinen Stempel auf, was konsequent vor allem Zbigniew Brzezinski betonte. Überhaupt ist in der Amalgamierung von Kommunismus und Nationalismus ein zentrales Element der Integrationsideologie des Nachkriegskommunismus zu sehen, wobei allerdings die Asymmetrie zwischen den verschiedenen Ländern und der Gradualismus der kommunistischen Machteroberung zahlreiche Formen nationaler Artikulation auf mannigfache Art verfremdete, andere eliminierte. Vor allem deshalb erscheint auch die traditionelle Wahrnehmung des «Nationalkommunismus» als systemfremde oder oppositionelle politische Strömung korrekturbedürftig. Der historische Ort des «Nationalkommunismus» ist nicht vornehmlich ausserhalb der kommunistischen Parteien in dissidenten oder alternativen Milieus zu suchen, sondern vielmehr innerhalb der kommunistischen Parteien und ihres unmittelbaren politisch-kulturellen Umfeldes.

«POLITISCHE PAZIFIZIERUNG» DURCH DIE ROTE ARMEE

In Zentraleuropa sind nach 1945 nur in denjenigen Ländern kommunistische Regierungen entstanden, die durch die Rote Armee besetzt waren. In Griechenland und Österreich konnten unabhängige Regierungen gebildet werden; Finnland kapitulierte 1944, ohne anschliessend besetzt zu werden; in Jugoslawien und Albanien wurden zwar kommunistische Regierungen etabliert, doch ohne unmittelbare Kontrolle durch die Rote Armee gerieten sie nicht in die Abhängigkeit Stalins. Alle anderen Länder des späteren Ostblocks wurden 1944/45 durch die Rote Armee «befreit».

Schon im Zusammenhang mit dem Tempo des Vormarsches der Roten Armee ist oft auf politische Kalküle hingewiesen worden. Obwohl die Rote Armee bereits im Januar 1944 in den umstrittenen Teil Polens einmarschiert war, im

April 1944 die rumänische und die slowakische Grenze erreicht hatte, geriet der Vormarsch ins Stocken. Vojtěch Mastný resümiert, dass die Rote Armee nach dem Erreichen der sowjetischen Grenzen zu zögern schien, weil Stalin die anglo-amerikanische Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 abwartete.[1] Als Ende 1944 die Sowjetunion in ihren Vorkriegsgrenzen befreit war, standen 7,1 Millionen ihrer Soldaten in Ostpolen, in der Slowakei, in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien. Am 12. Januar 1945 begann die Operation Weichsel-Oder aus Ausgangsstellungen, die die Truppen schon im September 1944 erreicht hatten. Strategischer Stillstand herrschte zwischen August und Oktober 1944 auch im mittleren Frontabschnitt während des Slowakischen Aufstandes, ebenso zwischen Februar und April 1945 an der Oder vor dem Sturm auf Berlin.

Auf der Jalta-Konferenz vom Februar 1945 verpflichteten sich die Grossmächte, «die Völker der befreiten europäischen Staaten» bei der «Schaffung von vorläufigen Regierungsgewalten [...] und die [...] Errichtung von [...] Regierungen auf dem Weg freier Wahlen» zu unterstützen.[2] Stalin verstand dies, wie er im April 1945 seinem jugoslawischen Genossen Milovan Djilas anvertraute, in dem Sinne, dass «wer immer ein Gebiet besetzt, ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf[erlegt]. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann.»[3]

«Die ganze Verwaltungsgewalt in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet Deutschlands wird vom Militärkommando [...] ausgeübt», hiess es im Tagesbefehl Nr. 5 des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945.[4] Die «Sowjetische Militäradministration in Deutschland» (SMAD) besass als zentrale Agentur der sowjetischen Interessen in Deutschland «die oberste Regierungsgewalt [...], einschliesslich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden».[5] Es wäre unbegründet, auf die völkerrechtlich herausgehobene Position anderer vom sowjetischen Militär besetzter Länder stärker zu achten, denn grundsätzlich waren dort die Intentionen der Militärorgane die gleichen wie in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (SBZ), und die Arbeitspraxis entsprach weitgehend jener, wie sie bereits in der Sowjetunion erprobt worden war. Der mit der Durchführung der Besatzungsverwaltung betraute militärpolitische Apparat war einheitlich stukturiert und unterstand nach dem Dienstreglement der direkten politischen Führung durch das Zentralkomitee (ZK) der sowjetischen kommunistischen Partei.

Zu den einschneidenden Massnahmen der für Sicherungsaufgaben unmittelbar zuständigen Truppen des sowjetischen Innenministeriums zählte in Ostmitteleuropa die «politische Pazifizierung», deren brutale Methoden wesentlich zur

Entstehung eines Klimas der Rechtsunsicherheit und des Massenterrors beitrugen. Bereits durch Beschluss des Politbüros des sowjetischen ZK vom 5. März 1940 wurden auf Vorschlag Berijas 21'857 kriegsgefangene Angehörige der polnischen Funktionseliten als «tiefverwurzelte, unverbesserliche Feinde des Sowjetsystems» aus Gründen der politischen «Prophylaxe», wie es im Beschluss ausdrücklich hiess, ermordet.[6] Die ganze Dimension der polnischen Tragödie lässt sich nur erahnen, denn auch die Entsetzung des Landes zwischen dem Bug und der Oder durch die Rote Armee fiel in die Kriegszeit mit ihren besonderen Gesetzen. Nach Kriegsende führte die polnische Armee die Gesetzlosigkeit mit Hilfe extralegaler Militärtribunale weiter. Formal legal wurden in Polen in den Jahren 1944–1948 ausserdem über zweieinhalbtausend Todesurteile ausgesprochen und ohne förmliche Gerichtsverfahren schätzungsweise 10'000 – oder auch mehrere Zehntausend – Polen ermordet.[7] Willkürliche Deportationen in die Sowjetunion und Internierungen von Hunderttausenden umrahmten in ganz Ostmitteleuropa ein Bild des Grauens.

Organe der sowjetischen Armee und der Staatssicherheit nahmen nicht nur unmittelbar Einfluss auf die politische Entwicklung (so durch den Aufbau von Zivilverwaltungen), sondern wirkten auch mittelbar beispielsweise in den Armeen der mitteleuropäischen Länder. Zwischen 1943 und Juli 1945 dienten in der polnischen Armee in der Sowjetunion (die vor Überquerung des Bugs 100'000 Mann stark war) über 33'000 sowjetische Soldaten, darunter 20'000 Offiziere (36 Generäle) und über 13'000 Unteroffiziere.[8] Das Offizierskorps der polnischen Armee in der UdSSR war 1943 zu zwei Dritteln sowjetisch, bis Januar 1944 verringerte sich der Anteil sowjetischer Offiziere auf etwa sechzig Prozent.[9] Viele von ihnen blieben in der polnischen Armee und im Staatssicherheitsapparat bis 1957. Entsprechend dem tschechoslowakisch-sowjetischen Militärabkommen von 1941 wurden Anfang 1942 in der UdSSR tschechoslowakische Einheiten aufgestellt. Im Frühjahr 1944 zählte die Auslandsarmee zirka 16'000 Angehörige, davon allerdings 12'000 wolhynische Tschechen, also formell sowjetische Staatsbürger. Ausserdem dienten 350 sowjetische Offiziere und Unteroffiziere als Instrukteure.[10] Auch in Jugoslawien, das nur im Norden durch fremde Truppen befreit worden war, wurden ab Oktober 1944 bei allen staatlichen, wirtschaftlichen, militärischen und anderen Institutionen sowjetische Berater eingesetzt, davon allein etwa 500 beim Militär; dies freilich in Uniformen der jugoslawischen Armee.[11]

VON «SPLITTER-» ZU ALLERWELTSPARTEIEN

Helfershelfer der sowjetischen Ordnungspolitik waren in erster Linie die einheimischen kommunistischen Parteien. Doch aus den kleinen Splitterparteien, deren Mitgliedschaft vor dem Krieg nur in der Tschechoslowakei ein halbes Prozent der Bevölkerung ausmachte (in Deutschland lag der Anteil 1933 bei 0,35 Prozent und in Polen 1938 bei 0,06 Prozent), waren inzwischen Massenparteien geworden, die ihre organisatorische, soziale und politische Basis radikal verändert hatten. 1948 lag der Anteil der Parteimitglieder an der Gesamtbevölkerung in der Tschechoslowakei bereits bei mehr als zwanzig, in der SBZ fast bei zehn und in Polen betrug er immerhin sechs Prozent. Und obwohl diese hohen Anteile nach Abschluss der Säuberungen 1954 deutlich nach unten korrigiert wurden – in der ČSR auf zwölf, in Polen auf fünf und in der DDR auf sechs Prozent – blieb dieser nominelle Rückgang ohne Einfluss darauf, dass sie «Volksparteien» geworden waren.

Allerdings änderte sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auch die Sozialstruktur der Parteimitgliedschaft grundlegend. Konnten die kommunistischen Parteien bei Kriegsende noch als Arbeiterparteien angesprochen werden, so sank ihr ursprünglicher Arbeiteranteil von etwa 50 Prozent bis Mitte der fünfziger Jahre auf etwa ein Drittel. Die Angestellten hingegen erreichten beispielsweise in der SED 1956 eine Quote von etwa 40 Prozent.

Nur noch eine geringe Rolle spielten in diesen sich wandelnden Parteien Vorkriegskommunisten. In der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) waren 1953 nur noch 1,5 Prozent Vorkriegsmitglieder, 91 Prozent der Mitglieder der Partei erst nach Kriegsende beigetreten. In der SED waren zum 1. Januar 1956 noch 14 Prozent der Organisierten schon vor 1945 Mitglied in SPD und KPD gewesen, 86 Prozent wurden erst nach 1945 Sozialisten.[12]

In organisationssoziologischer Hinsicht waren aus den kommunistischen Parteien nach dem Krieg also andere Parteien geworden. Es waren nicht mehr die disziplinierten, hochspezialisierten bolschewistischen Kaderparteien der dreissiger Jahre, sondern ganz neue «Allerweltsparteien». Mitglieder wurden nicht mehr wie in der Zwischenkriegszeit hauptsächlich Intellektuelle, ungelernte Arbeiter und Arbeitslose, sondern Vertreter der ganzen Gesellschaft mit einer breiten Motivations- und Interessenstruktur. Die Vorkriegs-«Bolschewiki» bildeten in den Parteien nur noch eine kleine Minderheit, und auf der Leitungsebene befanden sie sich als politisch geprägte und legitimierte «Professionelle» in permanentem Konflikt mit den Neo-Kommunisten, die vielfach als ausgebildete Fachleute keiner besonderen konspirativen Legitimation bedurften. Altkommunistisch sozialisiert war lediglich der engere Funktionärskörper,

die Führung, die in der Regel aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt war, war stalinistisch metastasiert.

Sehr früh wurden auch die programmatischen Folgen dieses radikalen organisationssoziologischen Wandels greifbar. Der KPTsch-Vorsitzende Klement Gottwald sprach unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil darüber, dass in der Partei alles koche, Chaos herrsche.[13] Die Inlandkommunisten seien für die sofortige «Vernichtung des Kapitalismus [...] und für den Aufbau einer sozialistischen Volksrepublik»[14]. Ähnlich berichtete im Juni 1945 ein Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee aus Berlin, dass es in der KPD ausser der «Kluft Junge und Alte» noch «drei Gruppen gebe: Konzentrationslager, Moskauer, im Lande».[15] Ein Jahr später kamen auch schon «Sektierer», «Reformisten» und «Trotzkisten»[16] dazu. Im Mai 1946 wurde im ZK der KPTsch über Auseinandersetzungen zwischen «alten» und «neuen» Kadern sowie zwischen fachlich und politisch qualifizierten Parteifunktionären berichtet.[17] Und im Bericht vom Januar 1947 zum Meinungsbild der Parteimitglieder über «unseren Weg zum Sozialismus» unterschied Gottwald im ZK zwischen «alten sozialdemokratischen Positionen», alten Mitgliedern, für die «unser Weg» nur Tarnung und Taktik sei, jüngeren Mitgliedern, die die Bedeutung der Sonderwegsdiskussion gar nicht erfassten, sowie einem Teil der Partei, der für Beschleunigung der Politik und für die Diktatur eintrete.[18] Inhomogen waren die kommunistischen Parteien in politisch-programmatischer wie in organisationssoziologischer Hinsicht auf allen Organisationsebenen. In der SED habe es an geeigneten Kadern gefehlt, und die ehemaligen sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre seien miteinander nicht verwachsen gewesen.[19] Überhaupt «müssen wir feststellen, dass innerhalb der Parteikader bei den 50'000 oder 100'000 durchaus keine einheitliche und klare Ideologie vorhanden ist, von den Millionenmassen der Mitglieder ganz zu schweigen», stellte im Sommer 1948 der Altkommunist Bernard Koenen fest.[20]

VOLKSDEMOKRATIE UND «BESONDERER WEG ZUM SOZIALISMUS»

Die ideologische Grundlinie des Nachkriegskommunismus bildeten die Konzepte der «Volksdemokratie» und des «besonderen Weges zum Sozialismus». Deren inhaltliche Unbestimmtheit spiegelte sich auch in der Forschung wider, die über ihren Stellenwert lange unterschiedlicher Meinung war. Die meisten Autoren jedoch (wie der Amerikaner William McCagg oder der Bulgare Ilco Dimitrov) sahen in beiden Konzepten lediglich eine vorübergehende Taktik Stalins zur Gewinnung der Machthegemonie der kommunistischen Parteien. In

den Archiven kann man heute viele Bestätigungen für diese Lesart finden,[21] und die neueren Forschungsergebnisse über die Haltung der Moskauer Parteibürokratie zu diesen Übergangskonzepten geben ebenfalls eine klare Auskunft darüber, dass die sowjetische ZK-Bürokratie diese taktische Linie nur widerstrebend und voller Ungeduld tolerierte.[22]

Denn schon der Generalsekretär der Komintern, Georgi Dimitrov, liess in seinem Grundsatzreferat auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 keinen Zweifel daran, dass die neu konzipierte «Regierung der Einheitsfront» keine Form der Stützung der liberalen Demokratie, auch keine friedliche Form des Überganges zur proletarischen Diktatur sei, da die Sowjetmacht das Ziel bleibe. «Walter» (Ulbricht) betonte in seinem Diskussionsbeitrag ebenfalls das Ziel der Sowjetmacht nach dem Sturz der Hitler-Diktatur, und auch Klement Gottwald sprach sich sehr deutlich für eine «Sowjet-Republik» aus, für eine «sozialistische Republik», die durch eine «breite nationale Front» auf der Basis der proletarischen Einheitsfront, mit der Bauernschaft, den Kleinunternehmern und der arbeitenden Intelligenz sowie den einfachen Mitgliedern der «rechten» Parteien zu erreichen sei.[23] Nach Schwankungen in den Jahren 1939 und 1941 stabilisierte sich die Linie der «Nationalen Front» 1942/43, und in den Programmen der kommunistischen Parteien wurde damals auch zum ersten Mal das Nachkriegsziel der «neuen» oder der «wirklichen» Demokratie proklamiert.[24] Im September 1944 benutzte Dimitrov zum ersten Mal den Begriff «Volksdemokratie».

Doch nicht nur Kommunisten machten sich Gedanken über die Nachkriegszeit, und die im Krieg oft beschworene Gemeinsamkeit im Kampf gegen Hitler zog vielfach auch im nichtkommunistischen Lager Konzessionen an das sowjetisch-sozialistische System nach sich. Am weitesten ging darin der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Beneš, in dessen konkordanzdemokratischem Modell das liberal-demokratische Gestaltungsprinzip der politischen Konkurrenz durch den Grundsatz einvernehmlicher Kooperation der politischen Parteien ersetzt und durch Begrenzung ökonomischer Privatrechte sowie durch sozialistische Elemente der Planung zu einer «sozialisierenden demokratischen Gesellschaft» erweitert werden sollte.[25] Beneš' konkrete Vorstellungen über das politische System der «demokratischen Gesellschaft neuen Typs», der «sozialen und ökonomischen Demokratie», wie er sie nannte, war Wasser auf die Mühlen der tschechischen und slowakischen Kommunisten, die schon ab 1942 im Gleichschritt mit dem bürgerlichen Widerstand marschierten. In Polen waren konkordanzdemokratische Vorstellungen bereits in der Zwischenkriegszeit sehr verbreitet, auch hier eine Folge der hochgradigen national- und sozialpolitischen Zersplitterung des in der Regel als «bürgerlich» apostrophierten politischen Elements, allerdings waren diese Konzepte

im Unterschied zum tschechischen Modell eindeutig antisowjetisch und antikommunistisch akzentuiert. Wegen ihrer Schwäche im bewaffneten Untergrund gegen die deutsche Besatzung neigten aber die polnischen Kommunisten zu einer radikalen «plebejischen» Konzeption der Nationalen Front nach «jugoslawischem Modell», die erst mit Hilfe des kommunistischen Exils in der Sowjetunion im Rahmen der aussenpolitischen Bedürfnisse Stalins sukzessive unter Kontrolle gebracht werden konnte. Im sowjetisch besetzten Polen gewannen dann die Moskau-Kommunisten mit der Roten Armee im Rücken ein Übergewicht über die verbalradikalen Inlandskader, und bereits die Resolution des ZK der Polnischen Arbeiterpartei vom 26. September 1944 «Über die politische Situation und die Aufgaben der Partei» entsprach dem damaligen (gemässigten) Programm der tschechischen Kommunisten: vorläufige Wirtschaftsverwaltung durch den Staat und Bodenreform, gleichzeitig aber Entfachung der wirtschaftlichen Privatinitiative und ihr Schutz durch den Staat; im politischen Bereich Nationalräte als Organe der Nationalen Front und als Basis für die Demokratisierung des Staatsapparates; Organisator und Motor der Nationalen Front bleibt die Arbeiterklasse mit den Kommunisten als Rückgrat.[26] In diesem Nachkriegsprogramm der polnischen Kommunisten wurde zum ersten Mal das Schlagwort von der «neuen Demokratie» verwandt, einer Demokratie, die «alle beseitigen kann, die ihr entgegenstehen», wie präzisiert wurde. In seinem Referat auf der ersten Parteiberatung in den befreiten Gebieten vom 10. Oktober 1944 über «Die allgemeine Situation und die Aufgaben der Partei» benutzte Gomulka auch zum ersten Mal, einen Monat nach Dimitrov, den Ausdruck «Volksdemokratie», den er mit dem älteren Terminus «Demokratie neuen Typus» gleichsetzte. Gomulkas Ausführungen über den Dualismus zwischen der demokratischen Welt unter der Führung der Sowjetunion auf der einen und des Faschismus mit seinen Helfershelfern auf der anderen Seite erinnern bereits an die Ausführungen Zdanows auf der Gründungskonferenz des Kominform im September 1947. Gomulka hielt aber gleichzeitig fest, dass in jedem Land spezielle Bedingungen herrschten.[27] Die polnischen Besonderheiten bestanden zunächst im offenen Massenterror, zu dem die polnischen Kommunisten im Oktober 1944 in Zusammenarbeit mit der Roten Armee greifen mussten, um ihre Machtposition überhaupt halten zu können.[28] Nach zehn Monaten nahmen dann Polens Kommunisten auf Stalins Vorschlag hin wieder einen Taktikwechsel mit dem Ziel vor, eine Verständigung mit dem Führer der oppositionellen Bauernpartei, Stanislaw Mikołajczyk, zu versuchen.

In Deutschland ist das Schlagwort vom «besonderen deutschen Weg» zum ersten Mal am 12. Oktober 1945 von Walter Ulbricht benutzt worden.[29] Im Februar 1946 erschien dann im Vorfeld der organisatorischen Einschmelzung

der SPD in die kommunistische SED ein Artikel des Kommunisten Anton Ackermann mit dem Titel «Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?»,[30] der – öfter zitiert als gelesen – einen deutschen Sonderweg suggerierte. Dimitrov selbst, inzwischen in Bulgarien, sprach im Februar 1946 von Unterschieden zwischen dem sowjetischen und dem bulgarischen Weg zum Sozialismus und im Juli 1947 sogar von einem eigenen Weg, «ohne Diktatur des Proletariats»,[31] nachdem Stalin in einem Interview für den «Daily Herald» vom 22. August 1946 mit dem Nebensatz, dass nicht nur der sowjetische Weg zum Sozialismus führe[32], das Propagandafeld freigegeben hatte. Auch der sowjetische Aussenminister Molotow bestätigte in seinem Referat zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution den Volksdemokratien, dass sie «mit ihren eigenen besonderen selbständigen Wegen [...] Schritte zum Sozialismus» machten.[33] Der tschechoslowakische Parteiführer Gottwald sprach vom «spezifischen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus» zum ersten Mal auf der ZK-Tagung am 25. September 1946 und fügte gleich hinzu, dass «die Volksdemokratie nicht nur einen neuen und höheren Staatstypus darstelle, sondern gleichzeitig einen Weg, auf dem man unter günstigen Umständen anders als durch die Diktatur des Proletariats und das Sowjetsystem zum Sozialismus gelangen kann».[34] Auf einer Versammlung von Betriebsfunktionären der KPTsch sprach Gottwald eine Woche darauf auch öffentlich «Über unseren tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus» und hatte damit nach sechzehn Monaten zum ersten Mal überhaupt das Wort Sozialismus wieder in den Mund genommen.[35]

Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der polnischen Kommunisten im Dezember 1945 meinte auch der polnische Kommunistenführer Gomulka, dass in der Volksdemokratie «der evolutionäre Übergang zum Sozialismus möglich [ist] [...]. Die Volksdemokratie geht auf friedlichem Weg in die sozialistische Demokratie über.»[36] Auf dem ZK-Plenum vom 2. Juni 1946 steigerte sich Gomulka zu der Feststellung, dass für Polen die Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Sozialismus gar nicht nötig sei, weil in Polen andere historische Bedingungen herrschten als in der Sowjetunion.[37] Der Höhepunkt der polnischen Diskussion wurde auf dem Plenum des ZK Anfang Juli 1948 erreicht. Bereits unter dem Eindruck des zwischen Stalin und Tito ausgebrochenen Konflikts referierte der Inlandskommunist Marian Spychalski über Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung: «Die Partei schöpft ihre Kraft aus [...] dem Leninismus und aus den eigenen Erfahrungen, die diese Theorie auf polnischem Boden hervorgebracht hat. Eigene Traditionen, die Summe der eigenen Erfahrungen, sind wichtige Teile [...].»[38] Die Berufung auf polnische Tradition, die als die Summe der revolutionär-internationalistischen Tradition der Kommunisten und der reformistisch-nationalen Traditionen der polnischen Sozialisten

vorgestellt wurde, die nach 1944 zu einer Symbiose der nationalen und sozialistischen Aspekte auf marxistisch-leninistischer Basis geführt hätten, war ein Sakrileg, die Reaktion liess nicht lange auf sich warten. Nach sowjetischer Lesart kritisierte Gomulka schon am 3. Juni 1948 auf dem Plenum des ZK der Polnischen Arbeiterpartei die Vorkriegskonzeption der polnischen Kommunisten für Sowjet-Polen und damit indirekt Lenin. Doch der eigentliche Konflikt drehte sich nicht um Lenin: Im Hintergrund standen konkrete Spannungsmomente im Verhältnis zur Sowjetunion vornehmlich wegen der Stationierung sowjetischer Truppen und der polnischen Forderung nach einer besonderen Garantie der neuen polnischen Westgrenze sowie wegen angeblicher mangelnder Disziplin der polnischen Kommunisten gegenüber dem Kominform in der Frage der Kollektivierung der Landwirtschaft. Als Fehler wurden Gomulka in Moskau angekreidet: Nichtanerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion, Nationalismus, mangelnder Kampf gegen den Sozialdemokratismus, kein Kampf gegen kapitalistische Elemente.[39] Auf dem erweiterten Plenum des ZK vom 31. August bis 3. September 1948 wurde der «polnische Weg» zum Sozialismus als «rechte» Abweichung verurteilt, Gomulka seines Amts enthoben und der Moskau-Remigrant Boleslaw Bierut zum Generalsekretär bestellt. Im Zuge der parteiinternen Endabrechnung warf Bierut am 31. August 1948 Gomulka vor, dass er die nationale Unabhängigkeit isoliert, ohne die internationalen und Klassenkampf-Aspekte dargestellt und sich dadurch einer Revision des Marxismus-Leninismus schuldig gemacht habe.[40]

Bereits im Juli 1948 stellte Anton Ackermann in Deutschland selbstkritisch fest, dass «die russische Revolution keine russische Besonderheit ist, sondern es ist prinzipiell der einzig mögliche Weg zum Sozialismus».[41] Auf der 13. Tagung des Parteivorstands der SED wurde die Theorie vom besonderen deutschen Weg ausdrücklich verurteilt und auf der Sitzung des Parteivorstands der SED am 16. September eine Entschliessung angenommen, in der zu lesen stand: Der nach 1945 in der SBZ «beschrittene Weg ist kein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus, der ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich machen könnte»; ein Weg, welcher die sowjetischen Erfahrungen missachte, «würde ein Abgleiten in den westeuropäischen Scheinsozialismus, d. h. in den Opportunismus und Nationalismus, sein».[42]

Die Kommunisten in der Tschechoslowakei hatten nicht wie ihre deutschen und polnischen Genossen die mächtige Sowjetarmee im Rücken. Zwar «wünschte» Stalin in der Februar-Krise 1948, dass Gottwald die sowjetische Armee zu Hilfe rufe,[43] doch Gottwald weigerte sich unter Berufung auf die Stimmung in der Bevölkerung und auf die Landestradition, Stalins Forderung nach einem Hilferuf Folge zu leisten. Nachträglich gelang es Gottwald, Stalin von der Stichhaltigkeit seiner Argumente zu überzeugen und im Gegenzug konnte mit sowje-

tischer Hilfe die Kritik am «tschechoslowakischen Weg», die der aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte Leiter der Abteilung des ZK der KPTsch für Agitation und Propaganda, Arnost Kolman, im September in der Parteiorganisation des ZK gegen den in der Sowjetunion weilenden Parteichef inszenierte, als «trotzkistische Abweichung» hingestellt und von der Führung verdammt werden. Nach seiner Rückkehr trat Gottwald im November 1948 für einen Weg zum Sozialismus «ohne Eile», «ohne abstrakte Diskussion über Kolchosen» ein. Dem Generalsekretär der Partei, Rudolf Slánský, war aber auch klar, «dass unser Weg zum Sozialismus durch verschärfte Tätigkeit des Klassenfeindes begleitet ist».[44] Einem geschickten Taktieren verdankte die KPTsch-Führung, dass sie ihre nationalkommunistischen Thesen nie verbal widerrufen musste: Sie präsentierte konsequent das «Besondere» des «tschechoslowakischen Weges» als das «Allgemeine» des Sowjetkommunismus und instrumentalisierte auf dieser im damaligen Verständnis dialektischen Grundlage die Legende vom «tschechoslowakischen Weg» in ihrer Propaganda auch noch nach 1948. Der plumpe Antisemitismus der Anklagen gegen Slánský trug dazu bei, dass sich nicht einmal aus den blutigen Prager Säuberungsprozessen von 1952 eine unmittelbare Verurteilung des «tschechoslowakischen Weges» ablesen lässt.

LEGITIMATIONSBESCHAFFUNG ÜBER NATIONALE INTEGRATIONSPROPAGANDA

Die knapp skizzierte Entwicklung der Nachkriegsprogrammatik belegt hinlänglich, dass die Modelle des «besonderen Weges» nicht im Sinne einer konkreten politischen Praxis operationalisiert wurden, sondern als Resultate und Reflexe der länderspezifischen Verlaufsmomente der Etablierung der kommunistischen Diktatur anzusehen sind. In den kommunistischen «Allerweltsparteien» wurden sie für Zwecke der organisationspolitischen Integration benutzt, im gesamtgesellschaftlichen Rahmen verschleierten und legitimierten die Appelle an die noch wachen Instinkte des Kriegsnationalismus das Herrschaftsinteresse der kommunistischen Parteien. Die tatsächlichen nationalen Unterschiede in den Konzepten und in der Praxis der kommunistischen Parteien brachten keine nationalen Alternativen zum Sowjetmodell des Stalinismus zum Ausdruck, sie spiegelten nur die in den einzelnen Ländern jeweils unterschiedlichen sozialen und politischen Konfliktlagen, die die kommunistischen Parteien bis zur Errichtung ihrer diktatorischen Herrschaft zwangen, die eigenen politischen Ziele hinter konsensfähigen Losungen zu verbergen.

 Nicht zuletzt auch deshalb wirkten die «Nationalen Fronten» bis 1947/48 ohne

feste organisatorische Grundlage, oft durch Elemente traditioneller Koalitionspolitik gekennzeichnet. Nach Bildung des Kominform-Büros vollzog sich ab 1947/48 ihre Umwandlung in einen engen und dauerhaften Zusammenschluss. Als «Massenorganisationen mit festen organisatorischen Grundsätzen nach dem Prinzip des Zentralismus» bildeten so ab 1948 ausser politischen Parteien auch Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen eine Peripherie um die kommunistische Partei, die darin als einzige einen relativ selbständigen organisatorischen Faktor darstellte, dessen politische Vormachtstellung von ihren Trabanten noch zu Lebzeiten Stalins auch formell anerkannt wurde. Dazu gehörte ebenso, dass der «Dritte Weg» nunmehr ausdrücklich verdammt wurde, und die nationalen Eigentümlichkeiten in Methoden, Mitteln, Formen und Tempi der Politik einzelner kommunistischer Parteien lediglich als Ausdruck eines formalen Unterschieds zu gelten hatten: Der von den sowjetischen Bolschewiki vorgezeichnete Weg war jetzt nicht nur ein gemeinsamer, sondern auch ein einheitlicher. In Jugoslawien wurde die Nationale Front unter Berufung auf die Selbstbefreiung im Zweiten Weltkrieg allerdings unmittelbar als staatlich-gesellschaftliche Führungsstruktur etabliert, und die kommunistische Partei – im Gegensatz zu allen anderen Ländern des sowjetischen Herrschaftsbereichs – formell auf den zweiten Rang verwiesen.[45] Doch diese jugoslawische Häresie spiegelte letztlich ebenfalls nur die Spezifik dieses balkanischen Fleckenteppichs mit seinen strukturlos verschachtelten nationalen, religiösen, kulturellen und anderen Konfliktmustern, deren politisch-legitimatorische Bündelung im Unterschied zu den durch Stalin geschaffenen Reservaten Ostmitteleuropas wohl nicht einmal die – stark durch das kroatische Element geprägte – altkommunistische Garde hätte gewährleisten können.

NATIONALKOMMUNISMUS ALS FOLGE VON LEGITIMATIONSSCHWÄCHE

In den kommunistischen Parteien wurde nach der Bildung des Kominform ab 1948 beschleunigt eine zentralistische Kommandostruktur nach sowjetischem Muster installiert. Der diese Entwicklung unter dem Vorzeichen des «proletarischen Internationalismus» begleitende Kurs der strukturellen Vereinheitlichung der kommunistischen Herrschaftssysteme drängte die nationalkommunistischen Elemente der Integrationspolitik der kommunistischen Aufstiegsphase in die Latenz ab. Viele objektive Faktoren trugen jedoch dazu bei, dass sich nationalkommunistische Schlagworte trotz ihres reaktiven Entstehungszusammenhangs nicht auf ihre ursprünglichen taktisch-politischen Begründungen reduzieren liessen. Im gesamtgesellschaftlichen wie im engeren parteiorganisatorischen

Kontext drohte sich diese Integrationspropaganda immer wieder zu verselbständigen – nicht zuletzt infolge des permanenten äusseren wie inneren Legitimationsdefizits der Einparteienherrschaft. Nationalkommunistische Mythen scheinen selbst innerhalb der kommunistischen Parteien wichtige Kompensations- und Motivationsfunktionen erfüllt zu haben. Die Intensität der direkten sowjetischen Einmischung in die politische Gleichschaltung und die unerbittliche Schärfe des Vorgehens gegen personale Symbole tatsächlicher oder nur virtueller «nationalistischer Abweichungen», wie den jugoslawischen Führer Josip Broz-Tito, Wladyslaw Gomulka in Polen, Imre Nagy in Ungarn oder Rudolf Slánský in der Tschechoslowakei, indizieren zumindest das politische Konfliktpotential national und nationalkommunistisch geprägter Kreise und Stimmungen in den jeweiligen Parteien und Gesellschaften, die sich nach Stalins Tod freie Bahn brachen. Der Gradualismus der Reaktionsformen, die vom offenen Aufruhr wie 1956 in Polen und Ungarn bis hin zu einer vorübergehenden explizit nationalkommunistischen Programmatik der KPTsch-Führung in den Jahren 1953–1956 reichten, war zwar in hohem Masse das Ergebnis äusserer Zwänge und spiegelte deshalb nicht unbedingt direkt die politischen Intentionen und das tatsächliche Konfliktpotential des «Nationalkommunismus» wider. Doch insgesamt gesehen konnten die kommunistischen Parteien die nach 1953 immer wieder aufkeimenden und sich immer mehr steigernden nationalen Sentimente durch organisatorische Intervention und propagandistische Manipulation lediglich kontrollieren, instrumentalisieren und schliesslich bis zur Unkenntlichkeit mit sozialen und politischen Elementen der kommunistischen Doktrin verschmelzen. Die kathartische Funktion, die dem Nationalismus als Kristallisationskern und Medium im Prozess der sukzessiven Aushöhlung der sozialen und politischen Legitimationsbasis der kommunistischen Parteien zukam, kann daher nur abstrakt vorgestellt werden.

Die Strukturlosigkeit der von äusseren Zwängen befreiten Gesellschaften hatte sich nach dem Ende der kommunistischen Einparteienherrschaft noch kaum in einer nur ansatzweise pluralistischen Verfasstheit kristallisiert, da tauchte am Horizont schon ein politisches Phänomen auf, das in Polen treffend als «Kommunismus ohne Kommunisten» bezeichnet wurde. Diese politische Einstellung weiss sich zwar den Werten der Demokratie und des Pluralismus verpflichtet, artikuliert sich aber vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen Befindlichkeit in kompensatorischen Projektionen, deren Symbolik unwillkürlich einen Teil des Ballastes des überwundenen Systems in die Zukunft transportiert. Die Gegenwartsbewältigung fügt sich so nicht nur auf der mentalen Ebene mit der Entsorgung der Vergangenheit und mit der Gestaltung der Zukunft zusammen. Und selbst die Regression erscheint als eine Möglichkeit, dem Dilemma der Moderne zu entrinnen, so dass der Eindruck, die posttotalitäre Demokratisie-

rung gewinne zunehmend Züge einer «Modernisierung des Kommunismus» heute nicht mehr ohne weiteres vom Tisch zu wischen ist. Der Schleier des «Nationalkommunismus» begünstigt Versuche, in Sackgassen Gegenverkehr einzuführen.

Anmerkungen

1 Vojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980, 190.
2 Jens Hacker, *Der Ostblock*, Baden-Baden 1983, 158.
3 Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt a. M. 1962, 146.
4 Text in Bundesarchiv Koblenz (BAK)/Kleine Erwerbungen/729.
5 Vgl. Berliner Erklärung der Vier Alliierten vom 5. Juni 1945, in *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, Berlin (Ost) 1968, 43–51.
6 Vgl. *Russkaja mysl Paris*, 23. Okt. 1992.
7 Vgl. Maria Turlejska, *Te pokolenia zalobami czarne ... Skazani na śmierči ich sečizowie 1944–1954*, London 1989, 107.
8 Wladyslaw Miś, *Od wojny do pokoju. Gospodarka Polski w latach 1944–1946*, Warszawa 1978, 272.
9 Antony Polonsky, *Boleslaw Drukier: The Beginnings of Communist Rule in Poland*, London 1980, 12.
10 Václav Peša a kolektiv, *Československý lid v boji proti imperialismu a fašismu v Evropěv letech 1933–1945*, Praha 1982, 292.
11 Vladimir Dedijer, *Novi prilozi za biografiju Josipa Broza Tita (1945–1955)*, Bd. 3, Beograd 1984, 208, 213.
12 Archivalische Nachweise in Jan Foitzik, «Die stalinistischen ‹Säuberungen› in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien», in Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten*, Berlin 1993, 402–423.
13 Vortrag von Klement Gottwald auf dem 1. Prager Aktiv von KPTsch-Funktionären am 12. Mai 1945, in *Cestou Května. Dokumenty k počátkum naší národní a demokratické revoluce. Duben 1945–květen 1946. Sestavil Jaroslav Soukup. Praha 1975*, 131–147.
14 Resolution des vorläufigen Zentralausschusses der KPTsch vom Januar 1945: In *Cesta ke květnu*, op. cit., 329–335.
15 Vgl. Gerhard Keiderling (Hg.), *«Gruppe Ulbricht» in Berlin April bis Juni 1945*, Berlin 1993, 76.
16 Wilhelm Pieck/Besprechung am 26. 7. 1946 in Karlshorst um 9 Uhr abends. In SAPMO/NL 36/734, Bl. 190.
17 David auf der Sitzung des ZK der KPTsch am 30. 5. 1946 (Protokoll). In Státni ústřední archiv, Praha/KSČ/01/2/12.
18 Klement Gottwald auf der Sitzung des ZK der KPTsch am 22./23. 1. 1947 (Protokoll). In Státni ústřední archiv, Praha/KSČ/01/3/14.
19 Die Lage in der SED. Dez. 1946. In Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (künftig: SAPMO)/NL 36/659).
20 Bernard Koenen auf der 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 28./29. Juli 1948 (Protokoll). In SAPMO/IV 2/1/25, 182.
21 *Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943*, Praha 1966, 234. Vgl. Referat Gottwald im ZK der KPTsch am 18. Dezember 1945. In Státni ústřední archiv, Praha/KSČ/01/1/8; über den ausschliesslich intrumentellen Charakter auch Rudolf Slánský im ZK der KPTsch am 4. Februar 1946. In Státni ústřední archiv, Praha/KSČ/01/2/9.
22 Galina P. Muraschko, Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolokitina, «Das Zentralkomitee

der WKP(B) und das Ende der ‹nationalen Wege zum Sozialismus›», *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1994, 9–37.

23 Vgl. «Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus», in Institut za medunarodni radnicki pokret (Hg.), *Sedmi Kongres Komunisticke Internacionale*, Prvi deo. Gornji Milanovac 1983, 381f., 597, 641, 643.

24 Die KP Jugoslawiens trat auf der 2. AVNOJ-Tagung in Jajce im November 1943 für «wirkliche» Demokratie ein; die PPR am 1. März 1943. In*«O co walczymy»* für «neue» Demokratie; für eine «wirkliche Volksdemokratie» illegale *«Rudé právo»* im Mai 1944. In *Rudé právo 1939–1945*, Praha 1971, 514f.

25 Edvard Beneš, *Demokracie dnes a zítra*, London ohne Jahr, 2 Bände.

26 In *Polska Partia Robotnicza. Dokumenty programowe 1942–1948*, Warszawa 1984, 228–235.

27 Sytuacja obecna i zadania partii, in *Polska Partia Robotnicza 1984, op. cit.*, 235–256.

28 Protokoly posiedzien Biura Politycznego wzglednie KC PPR-u z 9. 10., 22. 10., 29. 10. und 31. 10. 1944. In Archiwum Akt Nowych, Warszawa/Archiwum Lewicy Polskiej/Sygn. 295/V/1.

29 Dietrich Staritz, «Ein ‹besonderer deutscher Weg› zum Sozialismus?», *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn 1982, Heft 51/52, 15–31, hier 23.

30 Anton Ackermann, «Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?», *Einheit*, Berlin, Februar 1946, Heft 1, 22f.

31 Heinrich Heiter, *Vom friedlichen Weg zum Sozialismus zur Diktatur des Proletariats. Wandlungen der sowjetischen Konzeption der Volksdemokratie 1945–1949*, Frankfurt a. M. 1977, 67.

32 Zitiert nach *Nová mysl*, Praha, Nr. 2/1947, 16.

33 Zitiert nach Heiter, *Vom friedlichen Weg.*, 68.

34 Zitiert nach *Nová mysl* Nr. 2/1947, 17.

35 O naší československé cestě k socialismu. Z řeči na aktivu funktionářů závodních organizací KSČ v Pražské Lucerně, 4. 10. 1946, in *Klement Gottwald, Spisy*, Band XIII. 1946–1947. Praha 1957, 230–231.

36 Nach Wladyslaw Miś, *Zarys historii gospodarczej Polski Ludowej. Częsci: Polska w okresie wielkich przemian spoleczno-ekonomicznych 1944–1949*, Warszawa 1987, 33.

37 Nach Jan Tomicki (Hg.), *Wizje socjalizmu w Polsce do roku 1948*, Warszawa 1987, 248f.

38 Marian Spychalski, in *Nowe Drogi*, Warszawa, Nr. 10/1948, 52–70, hier 55.

39 Ottschot Posolstwa SSSR w Polsche za 1948 god/25. 4. 1949. In Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federazij/0122/31/11/233.

40 Vgl. *Nowe Drogi, Warszawa*, Nr. 11/1948, 9–39, hier 17 und 22.

41 Vgl. Protokoll der 12. (26.) Tagung des Parteivorstands der SED vom 28./29. Juli 1948. In SAPMO/IV 2/1/25.

42 Referentenmaterial für den ideologischen Kampf der SED. Hg. vom Landesvorstand der SED Sachsen-Anhalt/12. 10. 1948. In SAPMO/IV 2/5/121.

43 Karel Kaplan, *Československo v letech 1945–1948. 1. část*, Praha 1991, 149.

44 Vgl. Protokoll der Sitzung des ZK der KPTsch am 17./18. 11. 1948. In Státni ústřední archiv, Praha/KSČ/01/5/20.

45 Vgl. Edvard Kardelj, *Über die Volksdemokratie in Jugoslawien*, Beograd 1950.

RÉSUMÉ

NATIONALISME ET COMMUNISME. DE L'HÉGÉMONIE SOVIÉTIQUE ET DES «VOIES NATIONALES» À LA DICTATURE COMMUNISTE DANS L'EUROPE MOYEN-ORIENTALE, 1944–1948

Le nationalisme a non seulement marqué de son empreinte la chute politique du communisme et des systèmes qui l'ont suivi – phénomène particulièrement évident dans les Balkans –, mais il a également joué un rôle moteur dans l'instauration de la dictature communiste. Sous la protection de l'hégémonie soviétique, le nationalisme a été politiquement instrumentalisé au moyen de concepts se référant au corporatisme et au consensus démocratique, tels que la «démocratie populaire» et le «chemin singulier vers le socialisme».

Grâce à la transformation, au lendemain de la guerre, du parti bolchevique vers un «parti passe-partout», le nationalisme constitua, au fur et à mesure que la pratique de domination terroriste était abandonnée, un élément central de l'idéologie intégrative et consensuelle du parti de masse communiste, dont le pouvoir sans partage souffrait d'un manque de légitimité et d'efficacité permanent.

Il s'ensuivit un amalgame entre communisme et nationalisme, amalgame qui, sous l'influence d'instrumentalisation politique et d'actions manipulatrices, est resté toutefois sans structure, ceci malgré la force de ses liens. Le «national-communisme», né de cet alliage, fut à la fois un moyen efficace de compensation et de motivation, garant de la stabilité du système; sous les pressions extérieures, il fut également considéré comme une véritable alternative politique.

Les problèmes d'articulation portant sur la revitalisation nationale et démocratique au sein d'un processus marqué par une structuration pluraliste du post-communisme, phénomène que l'on a rencontré en Pologne sous le slogan «communisme sans communistes», se sont exprimés politiquement comme la tentative d'une «modernisation du communisme» par le recours au «national-communisme». Celui-ci serait apparemment historiquement intact. Un tel retour en arrière nie ainsi les valeurs uniquement fonctionnelles et instrumentales du «national-communisme».

(Traduction: Frédéric Sardet)